

Zum Thema Solidaritätszuschlag:

„Mehr Solidarität ohne Soli...?!“

16 Jahre nach der Wiedervereinigung blühen zwar nicht die angekündigten Landschaften, aber zumindest breite und komfortable Autobahnen durchschneiden diese. Grund genug für den ein oder anderen Spitzenpolitiker und/oder -lobbyisten, alle Jahre wieder angesichts der Geldströme und Investitionen der letzten Jahre nach Ostdeutschland die Abschaffung des Solidaritätszuschlages zu fordern.

Aber bevor wir diese Forderung unterstreichen, vergegenwärtigen wir uns doch noch einmal kurz die Ist-Situation: In der Tat führen heute im Osten große und schöne Autobahnen in meist noch größere und schönere Städte, die ebenfalls 16 Jahre nach Fall der Mauer wieder in neuem Glanz erstrahlen – als Paradebeispiel seien hier einmal Dresden oder Leipzig genannt. Aber besteht der Osten wirklich nur aus Autobahnen und Großstädten? Mitnichten! Wer einmal hinter die „Leuchttürme“ Ostdeutschlands blickt, erkennt sehr schnell, dass der erste Eindruck täuschen kann. Strukturelle Arbeitslosigkeit von durchschnittlich knapp 20 %, stete Abwanderung der (meist jungen) Bevölkerung gen Westen, marode Innenstädte mit leer stehenden Plattenbauten, verödete Randbezirke ohne eben jene gelobte Infrastruktur usw.. Als weiteres Indiz des Vorhandenseins und der Wahrnehmung dieses Problems in Ostdeutschland sollten sicher auch die jüngsten Wahlergebnisse und Erfolge rechtsextremer Parteien, gerade im Osten der Bundesrepublik, gelten.

Soll angesichts dieser Lage also wirklich der Solidaritätszuschlag abgeschafft und somit finanzielle Mittel Richtung Ostdeutschland gekappt werden? Brauchen wir also im Umkehrschluss gar keine Solidarität mehr von West nach Ost (korrekterweise von Gesamtdeutschland nach „Ost“, da ja bekanntlich auch der Steuerzahler Ostdeutschlands diese Abgabe zahlt)?

Dass das Problem, aufgrund dessen der Solidaritätszuschlag 1991 als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftssteuer eingeführt wurde, grundsätzlich noch besteht, scheint doch eigentlich unstrittig zu sein – wenn es sich auch mancherorts verlagert haben mag. Und dass frevelhafterweise die ein oder anderen Gelder von den ostdeutschen Bundesländern in der Vergangenheit zweckentfremdet wurden (wohlgerne ein Hauptargument der Befürworter der Abschaffung), etwa zur Haushaltssanierung, ist auch klar. Aber wie reagiere ich (als Geldgeber) nun darauf?

Würde der Vater seinem Sohn nie mehr Geld zur Verfügung stellen, nur weil er dies einmal für Süßigkeiten anstelle eines ordentlichen Frühstückes „zweckentfremdet“ hat? Oder würde er ihm erklären und ermahnen, dies als einmaliges Vorkommnis auf sich bewenden zu lassen?

Anders gefragt: Was wäre denn die Folge des immer wieder propagierten Schrittes der Abschaffung des Solidaritätszuschlages?

1) Die Probleme im Osten als solche würden freilich durch Streichung finanzieller Mittel – nichts anderes würde die Abschaffung des Solidaritätszuschlages de facto erst einmal bedeuten – nicht kleiner werden (wollen wir das?).

2) Notwendige Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaftsförderung etc. würden unterbleiben und ähnlich wie bei einem Schuldenberg und der jährlichen Zinslast sich somit potenzieren (ist das sinnvoll?).

3) Und weil der Osten Deutschlands ja dann irgendwie doch nicht zur Ruine Deutschlands verkommen soll (oder?), würden die Probleme von verantwortlichen Politiker schließlich irgendwann doch einmal angegangen werden wollen. Und dann mit welchem Geld?

Erinnern wir uns, dass der Solidaritätszuschlag nicht alleine die jährlichen Finanzströme von West nach Ost ausmacht. Ein Großteil wird ferner über die Sozialversicherungen mitfinanziert (über die Legitimität und Sinnhaftigkeit dieser Tatsache soll hier nicht weiter eingegangen werden). Und was passiert, wenn in diesen Kassen Geld fehlt, spürt der Arbeitnehmer dann ja auch bekanntlich direkt bei der Lohnabrechnung. Im übrigen: In die Sozialversicherungskassen zahlen, anders als bei der Erhebung des Solidaritätszuschlages als Steuer, weder Beamte noch Selbständige ein – somit ein nicht unerheblicher Teil der Geld verdienenden Bevölkerung in der Bundesrepublik, der sich auf diesem Weg dem „Aufbau Ost“ entzieht bzw. entzöge.

Aber das wäre wiederum freilich solidarisch, denn der „Wessi“ hätte ja dann nicht mehr diesen vermaledeiten „Soli“ an den „Ossi“ zu entrichten.....also wahrhaft gelebte Solidarität eines zusammenwachsenden Deutschlands.